

Wie viele Gemeinden braucht es noch?

Sollen die heute 20 Ausserrhoder Gemeinden auf drei bis fünf reduziert werden oder sollen die Bevölkerung der einzelnen Gemeinden selbst über mögliche Fusionen entscheiden? Am 20. September diskutieren in Teufen hochrangige Politiker über die Abstimmungsvorlage vom 26. November.

Am 26. November entscheidet das Volk über die künftige Entwicklung der Gemeindestruktur im Kanton Appenzell Ausserrhoden. Die Stimmberechtigten haben die Möglichkeit sich zwischen dem vom Regierungsrat favorisierten Gegenvorschlag, einer Eventualvorlage oder der Ablehnung der Strukturveränderung zu entscheiden. In der Stichfrage hat die Bevölkerung die Möglichkeit einen der beiden Veränderungsprozesse zu favorisieren. Dies für den Fall, dass das Volk sowohl den Gegenvorschlag als auch die Eventualvorlage annimmt. Während die Regierung die heute 20 eigenständigen Gemeinden zu drei bis fünf Gemeinden zusammenschliessen möchte, sieht die Eventualvorlage vor, die Entscheidung von allfälligen Fusionen den einzelnen Gemeinden zu überlassen.

Vor- und Nachteile werden diskutiert

Die Vor- und Nachteile der beiden Varianten sowie die Auswirkungen für die Bevölkerung werden am Mittwoch, 20. September, ab 20 Uhr im Lindensaal in Teufen beleuchtet. Regierungsrat Hansueli Reutegger (SVP) wird den Teilnehmenden aufzeigen, weshalb die Gesamtregierung den Gegenvorschlag favorisiert und weshalb die Reduktion von 20 auf drei bis fünf Gemeinden aus Regierungssicht zwingend notwendig ist. Unterstützt wird er dabei von Kantonsrätin Claudia Frischknecht (Die Mitte). Für die Eventualvorlage stark macht sich Alt-Kantonsrat Patrick Kessler (FDP). Weshalb aktuell über die Anpassung der Gemeindestrukturen diskutiert und abgestimmt werden kann, wird Kantonsrat Marcel Walker (FDP) aufzeigen. Moderiert wird der Anlass vom ehemaligen TV-Journalisten Ralph Dietsche. Der Eintritt zum Informations- und Podiums Anlass ist frei. Organisiert wird die Veranstaltung von der SVP Appenzell Ausserrhoden. Diese wird ihre Parole für die Abstimmung vom 26. November erst nach dem öffentlichen Informationsanlass fassen.